Referat P I
Plenum, Ältestenrat, Parlamentarische Grundsatzfragen

München, den 27.02.2018

Anfragen zum Plenum

in der 9. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen
(alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Mindestsollstärke einer Schicht in der Polizeiinspektion (PI) Marktredwitz, wie häufig wurde diese im Jahr 2017 unterschritten und wie sieht die Personalplanung für die PI Marktredwitz für die kommenden fünf Jahre aus?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Da sich die Fälle auch in Bayern häufen, bei denen Gewalttäter aus nichtigem Anlass im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln Polizeibeamtinnen bzw. -beamte oder Privatpersonen angreifen (beispielsweise am 13.01.2018: 17-Jähriger schlägt bei Personenkontrolle in Regensburg Polizisten nieder, am 23.02.2018: 20-Jähriger schlägt in Münchner Trambahn Fahrgast mit der Faust ins Gesicht, weil dieser ihn beim Vorbeigehen am Fuß gestreift und obwohl dieser sich entschuldigt hat) und die Täter nach der Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt werden, frage ich die Staatsregierung, warum sie nicht mehr unternimmt, um dafür zu sorgen, dass bei Gewalttätern geltendes Recht voll ausgeschöpft wird und solche Schläger nicht nach der Feststellung der Personalien schnell wieder auf freien Fuß gesetzt werden, ob die Staatsregierung es staatlicherseits für verantwortbar hält, dass die Bevölkerung vor Tätern mit einer derart niederen Aggressionsschwelle nicht besser geschützt wird und sieht die Staatsregierung nicht auch, dass der Unmut in der Bevölkerung und bei Polizei und Justiz über die nicht ausgeschöpften Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage auch in Bayern zunimmt?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wird im Rahmen der Prämienkalkulation von Agrarumweltmaßnahmen aktuell eine sogenannte Anreizkomponente gewährt, wenn nein, aus welchem Grund und wie könnte die Anreizkomponente zukünftig angeboten werden?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht die genaue Dienstanweisung für die Besetzung der Polizeiwache in Selb seit Oktober 2016 aus, wie viele Fälle (Aktenzeichen) wurden seit der Umstellung in der Wache bearbeitet und wie viele Anrufe kommen durchschnittlich in der Woche aus dem Stadtgebiet Selb bei der Polizeiinspektion Marktredwitz an?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, fallen für die in verschiedenen Medien publizierten Überschüsse und Rücklagen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von ca. über 30 Mrd. Euro Strafzinsen an, in welcher Höhe werden diese für Bayern ausfallen und was unternimmt die Staatsregierung dagegen?

Susann Biedefeld
(SPD)

Nachdem der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, im September 2016 in Neukenroth verkündete, dass er der Errichtung einer staatlichen Realschule in Pressig (Landkreis Kronach) stattgibt und diese seitens des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (StMBW) gefördert wird, frage ich die Staatsregierung, wie weit ist konkret die Bearbeitung des Antrags des Kreistags in Kronach auf Etablierung einer Realschule in Pressig, der im Sommer 2017 gestellt wurde, was ist vonseiten des Landkreises an konkreten Maßnahmen zu ergreifen bzw. erforderlich, um das Projekt voranzutreiben und inwieweit hat das StMBW die vom Landkreis Kronach in Auftrag gegebene und sicherlich dem StMBW vorliegende Potentialanalyse (z. B. eine dritte Realschule im Landkreis Kronach darf nicht zulasten der zwei vorhandenen Realschulen, ihres Fächerangebots gehen etc.) berücksichtigt?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem im Landkreis Altötting, aber auch in zahlreichen anderen Bereichen in Bayern, erhöhte Belastungen von Wasser und Boden mit als Umweltgiften angesehenen perfluorierten Chemikalien (PFC) bekannt sind und eine Aufnahme durch die Bevölkerung nachgewiesen ist, frage ich die Staatsregierung, wann genau bayerische Behörden im Landkreis Altötting, aber auch in anderen betroffenen Bereichen, seit 2006 die konkrete Belastung der Muttermilch untersucht haben (Angabe mit Datum, Ort, Umfang der Untersuchung und Veröffentlichungsdatum), wann die betroffene Bevölkerung über die Risiken des Übergangs von PFC in die Muttermilch informiert wurde (Angabe mit Datum und Art der Information) und welche Maßnahmen die zuständigen bayerischen Behörden bisher ergriffen haben, um ein Risiko für Säuglinge und Kleinkinder auszuschließen (Angabe mit Datum und Art der Maßnahme)?

Kerstin Celina
(GRU)

Nachdem in der „Main-Post“ Nr. 37 vom 14.02.2018 ein Hilferuf von Mitarbeitern eines OBI-Marktes in Unterfranken veröffentlicht wurde, frage ich die Staatsregierung, wie sie die darin angesprochenen möglichen Verletzungen der arbeits- und jugendschutzrechtlichen Vorschriften einschätzt, welche Erkenntnisse die sie über konkrete Verletzungen der Arbeitsschutzvorschriften für besonders schutzbedürftige Beschäftigtengruppen in den vergangenen drei Jahren in Bayern gewonnen hat und wie die Staatsregierung konkret darauf Einfluss nimmt, dass gesundheitsgefährdende psychische Belastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vermieden und entdeckt werden?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern kann sie bestätigen, dass es vonseiten des russischen Innenministeriums Hinweise auf Geldwäscheaktivitäten im Umfeld des am Kauf der GBW-Anteile

	der BayernLB beteiligten Firmenkonsortiums gab, welche Stellen haben vonseiten der Staatsregierung gegebenenfalls von diesen Informationen erfahren und wie wurden diese Informationen gegebenenfalls bewertet?
Günther Felbinger (fraktionslos)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Main-Spessart besuchen eine Fach- bzw. Berufsoberschule (FOS/BOS) in der kreisfreien Stadt Würzburg, in den Landkreisen Kitzingen, Schweinfurt und Rhön-Grabfeld und der kreisfreien Stadt Aschaffenburg und welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, Schülerströme zu lenken, um eine Stärkung des FOS/BOS-Standortes in Marktheidenfeld zu erreichen, gibt es Möglichkeiten der Zulassungsbegrenzung beispielsweise an der FOS/BOS Würzburg, um die Schülerströme an den Heimatlandkreis Main-Spessart zu lenken?
Markus Ganserer (GRU)	Aufgrund welcher Ermittlungsergebnisse hat die Staatsanwaltschaft München im Jahr 2013 die Ermittlungen in Sachen Geldwäsche im Umfeld des am Kauf der GBW-Anteile der BayernLB beteiligten Firmenkonsortiums eingestellt bzw. ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Geldwäscheverdacht nicht hinreichend ist?
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)	Auf der Grundlage des Artikels im „Handelsblatt“ vom 22.02.2018 (Zitate: „Söder will nicht alle Investoren gekannt haben“, „womöglich mit organisierten Kriminellen aus Russland“, „Hinweise kamen auch vom russischen Innenministerium“ „Geldwäscheverdachtsanzeigen“, „Gelder im Millionenbereich aus Russland und Zypern“, „Innerhalb von acht Wochen schloss die Staatsanwaltschaft den Fall ohne nennenswerte Aktivitäten ab“, „Fälle weit geringerer Dimension lösen bereits Berichtspflichten an die Landesregierung aus“) frage ich die Staatsregierung, welche Informationen bzw. Berichte seitens Ermittlungs- bzw. Strafverfolgungsbehörden über Geldwäsche beim GBW-Deal liegen den Staatsministerien der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat und/oder der Justiz vor, wie werden diese bewertet und welche Maßnahmen haben die Staatsministerien ergriffen?
Thomas Gehring (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, welche Vorgaben sind an die, insbesondere an bayerischen Gymnasien, eingesetzten EvA- Stunden (EvA = Eigenverantwortliches Arbeiten, an anderen Schulen auch „Plusstunden“ o. ä. genannt) geknüpft (z. B. Anwesenheit einer Fachlehrkraft, Inhalt, Häufigkeit, Klassengröße), wie werden diese Stunden hinsichtlich ihrer Qualität (inhaltlich und in Bezug auf selbständiges Erarbeiten von Unterrichtsstoff) bewertet (Evaluationsergebnisse) und wie gehen diese Stunden, die zumeist in Abwesenheit einer Lehrkraft stattfinden, in die statistische Bewertung ein (als Stundenausfall, als Vertretungsstunde oder als regulärer Unterricht)?
Ulrike Gote (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, was unternimmt sie, um die Zahl der Arbeitsmöglichkeiten für die Inhaftierten im Justizvollzug (Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Sicherungsverwahrte)

zu erhöhen und beabsichtigt sie, deren Arbeitsentgelte zu erhöhen und sie in die Sozialversicherungen einzubeziehen?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Jahrgangsstufen und in welchem Umfang sind die Bedeutung der Gewerkschaften und die betriebliche Mitbestimmung in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen in Bayern verankert (bitte nach Schularten getrennt ausweisen)?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Angesichts des Berichts aus der Kabinettssitzung vom 28.03.2017, in dem die Staatsregierung die Bürgerinnen und Bürger ermuntert, sich selbst gegen Elementarschäden bei Naturkatastrophen zu versichern, und weiter ausführt, dass die Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, mit der Versicherungsbranche, den kommunalen Spitzenverbänden, den Kammern der gewerblichen Wirtschaft, den Verbänden der bayerischen Kreditwirtschaft und den Verbänden der privaten Wohnungseigentümer eine gemeinsame Vereinbarung ausgearbeitet hat, mit dem Ziel, die Immobilieneigentümer in Bayern für die Gefahren und Risiken von Elementarschadenereignissen zu sensibilisieren sowie über die Möglichkeiten und die Notwendigkeit eines umfassenden Versicherungsschutzes zu informieren, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Inhalte die Vereinbarung umfasst, wie die Staatsregierung den Begriff „tragbare Prämien“ quantitativ bzw. qualitativ definiert, um einen Versicherungsschutz gegen Elementargefahren in über 99 Prozent der Fälle bezahlbar zu machen und ab dem Stichtag zum 01.07.2019 keine finanziellen Unterstützungen in Form von Soforthilfen mehr zu gewähren, wenn die eingetretenen Schäden versicherbar waren, und wie sich die Zahl der Versicherungsabschlüsse auf Grundlage der Vereinbarung und der Informationskampagne seit o. g. Kabinettssitzung entwickelt hat?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, aufgrund welcher Informationen kann sie ausschließen, dass beim Verkauf der Anteile der BayernLB an der GBW im Jahr 2013 Geldwäsche oder Schwarzgeld im Spiel waren, wenn sie – nach eigenem Bekunden – nicht weiß, wer die Käufer tatsächlich waren?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Straftaten haben die am 20.02.2018 abgeschobenen afghanischen Staatsangehörigen, die sich in Bayern aufgehalten hatten, genau begangen (bitte die ausgesprochenen strafrechtlich relevanten Tagessätze aufzählen), inwiefern haben die Betroffenen bei ihrer Identitätsfeststellung nicht mitgewirkt (bitte genau auflisten) und wie konnte es nach Ansicht der Staatsregierung dazu kommen, dass der Name eines Gefährders, der ebenfalls am 20.02.2018 abgeschoben wurde, in der Berichterstattung der „BILD“-Zeitung öffentlich genannt wurde (Siehe: „Abschiebeflug nach Afghanistan – Nur 14 Asylbewerber in der Maschine“, Bild, Regionalteil München, 22.02.2018 von Karl Keim)?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher Begründung werden Schäden der Teichwirtschaft durch Fischotter nur zu 80 Prozent durch den Freistaat Bayern ersetzt?

Günther Knoblauch
(SPD)

Auf der Grundlage des Artikels im „Handelsblatts“ vom 22.02.2018 (Zitate: „Söder will nicht alle Investoren gekannt haben“, „womöglich mit organisierten Kriminellen aus Russland“, „Hinweise kamen auch vom russischen Innenministerium“ „Geldwäscheverdachtsanzeigen“, „Gelder im Millionenbereich aus Russland und Zypern“, „Innerhalb von acht Wochen schloss die Staatsanwaltschaft den Fall ohne nennenswerte Aktivitäten ab“, „Fälle weit geringerer Dimension lösen bereits Berichtspflichten an die Landesregierung aus“) frage ich die Staatsregierung, wie bewertete sie zum Zeitpunkt des Verkaufs der GBW-Wohnungen die Investoren anhand ihrer Geschäftsphilosophie und Geschäftspraktiken, wie die konkreten Absichten, die die Investoren mit dem Erwerb der GBW-Wohnungen verfolgten, und hält sie ihre Bemühungen um Aufklärung zu diesen Punkten für ausreichend?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Auf der Grundlage des Artikels im „Handelsblatt“ vom 22.02.2018 (Zitate: „Söder will nicht alle Investoren gekannt haben“, „womöglich mit organisierten Kriminellen aus Russland“, „Hinweise kamen auch vom russischen Innenministerium“ „Geldwäscheverdachtsanzeigen“, „Gelder im Millionenbereich aus Russland und Zypern“, „Innerhalb von acht Wochen schloss die Staatsanwaltschaft den Fall ohne nennenswerte Aktivitäten ab“, „Fälle weit geringerer Dimension lösen bereits Berichtspflichten an die Landesregierung aus“) frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen ihr im Zusammenhang mit dem GBW-Deal über Geldwäsche vor (z. B. involvierte Länder, Personen, Volumina), wie bewertet sie diese Erkenntnisse und welche eigenen Anstrengungen hat die Staatsregierung unternommen, um Geldwäsche im Zusammenhang mit dem GBW-Deal auszuschließen?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Aussage von Helmut Platzer, scheidender Chef der AOK Bayern, in Bayern gäbe es zu viele Krankenhausbetten, ist sie ebenfalls der Meinung, bei weniger Kapazitäten gäbe es keinen Pflegekräftemangel und wie schätzt die Staatsregierung generell die Lage im Hinblick auf die Krankenhauskapazitäten bei auftretenden Grippewellen oder Ähnlichem ein?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern wäre es die Pflicht des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr (StMI) gewesen, die Justiz, Finanzbehörden und BayernLB darüber zu informieren, dass es Hinweise auf Geldwäscheaktivitäten im Umfeld des am Kauf der GBW-Anteile der BayernLB beteiligten Firmenkonsortiums gab, wurden diese Stellen vonseiten des StMI tatsächlich darüber informiert und wenn nein, weshalb nicht?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, was legt eine (gegebenenfalls vorhandene) Bedarfsplanung bezüglich eines Epilepsiezentrums für Bayreuth (ggf. Oberfranken) fest, wie ist die tatsächliche Versorgung in Bayreuth (ggf. Oberfranken) gewährleistet und wie beurteilt die Staatsregierung den Umstand, dass das Zentrum in Erlan-

	gen für den ländlichen Raum um Bayreuth einen erheblichen Aufwand für die Erreichbarkeit aufweist?
Jürgen Mistol (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, welche staatlichen Stellen hat die Staatsanwaltschaft München nach Bekanntwerden des Verdachts von Geldwäscheaktivitäten im Umfeld des am Kauf der GBW-Anteile der BayernLB beteiligten Firmenkonsortiums informiert und in die Ermittlungen mit einbezogen und inwiefern wurde die BayernLB informiert?
Alexander Muthmann (fraktionslos)	Vor dem Hintergrund, dass Förderanträge nach der Richtlinie zur Förderung des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen im Freistaat Bayern – Breitbandrichtlinie – nur noch bis zum 30.09.2018 gestellt werden können (Nr. 11 der Richtlinie) und das Programm am 31.12.2018 ausläuft (Nr. 13.1 der Richtlinie) frage ich die Staatsregierung, welche Pläne sie hinsichtlich der Förderung des Breitbandausbaus in Bayern jeweils nach diesen Zeitpunkten hat, welche Technologien nach Einschätzung der Staatsregierung in möglichen künftigen Ausbauprogrammen sinnvollerweise zum Einsatz kommen sollten und inwiefern in künftigen Programmen auch Kommunen zum Zug kommen sollten, die heute bereits über eine gewisse Übertragungsrate (z. B. 30 MBit/s oder 50 MBit/s) verfügen und was im derzeitigen Programm aufgrund der Annahme einer bereits bestehenden Versorgung ein Förderhindernis war?
Thomas Mütze (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, wer hat nach ihrer Kenntnis die Anteile der BayernLB an der GBW tatsächlich erworben, wer waren die direkten Käufer und wer die Eigentümer der am Kauf beteiligten Unternehmen?
Verena Osgyan (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, welche Spenden hat die Universität Erlangen-Nürnberg seit 2015 erhalten (bitte spendende Unternehmen mit angeben), waren auch Spenden von einem Würzburger Textilunternehmer dabei und mit welchem Ergebnis wurden die Geldflüsse vom zuständigen Staatsministerium geprüft?
Kathi Petersen (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist aktuell die Anzahl des Lehrpersonals mit befristeten Arbeitsverträgen an Bildungseinrichtungen im Regierungsbezirk Unterfranken, wie hat sich diese Zahl seit dem Jahr 2013 entwickelt und wie lange gedenkt die Staatsregierung angesichts des immer noch bestehenden Lehrermangels an Befristungen festhalten (Antwort bitte aufgeteilt nach Landkreisen, kreisfreien Städten, Schulämtern, Schularten, Universitäten und Fachhochschulen, Jahren, Grund der Befristung sowie Geschlecht)?
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele sogenannte Fehlbeleger (also anerkannte Geflüchtete, die trotzdem noch in Gemeinschaftsunterkünften wohnen) gibt es derzeit in Bayern (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken), wie hat sich deren Zahl in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt (aufgeschlüsselt nach Monaten) und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die Zahl der Fehlbeleger zu reduzieren?

Doris Rauscher (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, in welchen bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten sind aktuell hauptamtliche Integrationslotsen sowie Ehrenamtskoordinatoren für den Asylbereich tätig, wie weit ist die Zusammenlegung dieser beiden Tätigkeitsgruppen unter dem Namen Integrationslotsen vorangeschritten und welche Gründe sind jeweils ausschlaggebend dafür, dass die noch nicht berücksichtigten Landkreise und kreisfreien Städte im Laufe des Jahres 2018 Integrationslotsen erhalten bzw. nicht erhalten werden (bitte aufgeschlüsselt nach den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten)?
Markus Rinderspacher (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Raubüberfälle, Einbruchsdelikte und des Benzindiebstahls auf und an Tankstellen in Bayern seit 2013 entwickelt (bitte nach Jahren und nach Delikten angeben), wie hoch war seitdem die jeweilige Aufklärungsquote (bitte nach Jahren und nach Delikten angeben) und welche Maßnahmen stellt sich die Staatsregierung zur Erhöhung der Aufklärungsquote vor?
Bernhard Roos (SPD)	Auf der Grundlage des Artikels im „Handelsblatt“ vom 22.02.2018 (Zitate: „Söder will nicht alle Investoren gekannt haben“, „womöglich mit organisierten Kriminellen aus Russland“, „Hinweise kamen auch vom russischen Innenministerium“ „Geldwäscheverdachtsanzeigen“, „Gelder im Millionenbereich aus Russland und Zypern“, „Innerhalb von acht Wochen schloss die Staatsanwaltschaft den Fall ohne nennenswerte Aktivitäten ab“, „Fälle weit geringerer Dimension lösen bereits Berichtspflichten an die Landesregierung aus“) frage ich die Staatsregierung, zu welchen Delikten und zugrunde liegenden Sachverhalten sind derzeit laufende Ermittlungen im GBW-Kontext anhängig und welchen Hinweisen bzw. Anzeigen leisteten die Ermittlungs- bzw. Strafverfolgungsbehörden aus welchen Gründen keine Folge?
Georg Rosenthal (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die aktuelle politische Entwicklung in Polen im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wie hat sich die Zusammenarbeit zwischen Bayern und Polen seit dem Regierungswechsel in Polen 2015 geändert und welche Auswirkungen auf konkrete Projekte bayerisch-polnischer Kooperation sind feststellbar?
Dr. Martin Runge (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, welche der bayerischen Sparkassen zahlten ihren Vorstandsmitgliedern im Jahr 2017 die nach den Richtlinien des Sparkassenverbandes Bayern höchstmöglichen Vergütungen, welche der bayerischen Sparkassen zahlten ihren Vorstandsmitgliedern im Jahr 2016 die nach den Richtlinien des Sparkassenverbandes Bayern höchstmöglichen Vergütungen und welche der bayerischen Sparkassen zahlten ihren Verwaltungsratsmitgliedern im Jahr 2017 die nach den Richtlinien des Sparkassenverbandes Bayern höchstmöglichen „Aufwandsentschädigungen“?

Berthold Rüth
(CSU)

Da das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Aussicht gestellt hat, weitere Gelder für die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken bereitzustellen, frage ich die Staatsregierung, in welchem Zeitrahmen mit einer Elektrifizierung der Maintalbahn im Streckenabschnitt Aschaffenburg - Miltenberg zu rechnen ist?

Franz Schindler
(SPD)

Bezugnehmend auf eine Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Regensburg vom 15.02.2018 und diverse Presseberichte frage ich die Staatsregierung, wieso Ermittlungen gegen den OB-Kandidaten der CSU in Regensburg im Kommunalwahlkampf 2014 wegen des Verdachts eines strafbaren Verstoßes gegen das Parteiengesetz erst „Ende des vergangenen Jahres“ eingeleitet und Durchsuchungsbeschlüsse des Amtsgerichts Regensburg erst am 15.02.2018 vollzogen worden sind, obwohl bereits im Juni 2016 in der Presse berichtet worden ist, dass der CSU-OB-Kandidat in den Jahren 2013 und 2014 diverse Spenden in Höhe von jeweils 9.950,00 Euro von mehreren Regensburger Bauträgern bzw. von Mitarbeitern dieser Bauträger entgegengenommen habe, ob auch gegen die Verantwortlichen des CSU-Kreisverbandes Regensburg Ermittlungen wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen das Parteiengesetz eingeleitet worden sind, nachdem am 21.01.2017 im Bayerischen Rundfunk berichtet worden ist, dass der CSU-Kreisverband Regensburg 2013 und 2014 rund 450.000,00 Euro als Spenden für den Kommunalwahlkampf vereinnahmt habe, darunter auch knapp 60.000,00 Euro von einem Immobilienunternehmer bzw. einem ihm zuzuordnenden Personenkreis, aufgeteilt in sechs jeweils unter der meldepflichtigen 10.000,00-Euro-Grenze liegende Tranchen und falls nein, wieso nicht?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wurden erste Erkenntnisse aus den Ermittlungen des Landeskriminalamts bezüglich des Geldwäscheverdachts beim Verkauf der GBW-Wohnungen per WE-Meldung (= Meldung wichtiger Ereignisse durch die Polizei) an das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr gegeben, wenn ja, wann und gab es vor oder nach dem Verkauf der GBW-Wohnungen eine Anweisung des Staatsministeriums der Justiz an die Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele landwirtschaftliche Betriebe in Bayern nehmen keine Cross Compliance-relevanten Direktzahlungen in Anspruch (bitte nach Bezirken auflisten) und wie viele landwirtschaftliche Betriebe nehmen keine Cross Compliance-relevanten Zahlungen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Anspruch (bitte nach Bezirken auflisten)?

Claudia Stamm
(fraktionlos)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bekannt, aus welchen Bundesländern die anderen Afghanen kamen, die am 20.02.2018 mit dem Sammelflug nach Kabul abgeschoben wurden (bitte ggf. nach Bundesland auflisten), wie viele Afghanen wurden am gleichen Tag aus den sogenannten Transitzonen bzw. Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Bayern (Bamberg, Manching etc.)

	von der Polizei nach München gebracht und wie wurde Sorge getragen, dass diese wieder in ihre Unterkunft zurückkamen?
Rosi Steinberger (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, inwiefern waren die damaligen staatlichen Mitglieder des Verwaltungsrats der BayernLB im Jahr 2013 in die Verkaufsaktivitäten der BayernLB in Sachen GBW-Anteile eingebunden, wann wurde der Verkauf im Verwaltungsrat thematisiert und weshalb haben die staatlichen Vertreter im Verwaltungsrat nicht auf der Nennung der Namen der tatsächlichen Käufer der GBW-Anteile bestanden?
Florian Streibl (FREIE WÄHLER)	Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurden in den letzten fünf Jahren Anträge für Notstandsbeihilfe von Hochwassergeschädigten aus den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen und Bad Tölz-Wolfratshausen gestellt und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um in den oben genannten Gebieten eine Zuwendung aus dem Härtefonds zur Gewährung finanzieller Hilfen bei Notständen durch Elementarereignisse zu erhalten?
Reinhold Strobl (SPD)	Auf der Grundlage des Artikels im „Handelsblatt“ vom 22.02.2018 (Zitate: „Söder will nicht alle Investoren gekannt haben“, „womöglich mit organisierten Kriminellen aus Russland“, „Hinweise kamen auch vom russischen Innenministerium“ „Geldwäscheverdachtsanzeigen“, „Gelder im Millionenbereich aus Russland und Zypern“, „Innerhalb von acht Wochen schloss die Staatsanwaltschaft den Fall ohne nennenswerte Aktivitäten ab“, „Fälle weit geringerer Dimension lösen bereits Berichtspflichten an die Landesregierung aus“) frage ich die Staatsregierung, auf welche Art und Weise und auf wessen Veranlassung wurden Ermittlungs- bzw. Strafverfolgungsbehörden beim GBW-Deal wegen des Verdachts bzw. des Vorwurfs der Geldwäsche aktiv und zu welchen Ergebnissen haben diese Aktivitäten geführt?
Martin Stümpfig (GRU)	Bezugnehmend auf den Bericht aus der Kabinettssitzung vom 20.02.2018 frage ich die Staatsregierung, wie viele Stellungnahmen aus der jüngsten und abschließenden Anhörung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms eingingen, wie viele Stellungnahmen sich davon kritisch zur nun beschlossenen Teilfortschreibung „Lockerung Anbindegebot“ und „Alpenplan – Riedberger Horn“ geäußert haben und an welchen konkreten Textstellen der Teilfortschreibung Stellungnahmen „eingeflossen“ (Pressemitteilung Nr. 35 der Staatskanzlei) sind?
Arif Tasdelen (SPD)	Anlässlich der Äußerung des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, am politischen Aschermittwoch, „Am Münchner Marienplatz trifft man selten einen echten Bayern.“ frage ich die Staatsregierung, wie für Staatsminister Dr. Markus Söder ein echter Bayer aussieht und ob er es als störend empfindet, wenn Saarländer, Hessen, aber auch Italiener und Österreicher bei uns Urlaub machen?
Angelika Weikert (SPD)	Bezugnehmend auf Medienberichte und Beschwerden mehrerer oberbayerischer Asylhelferkreise, wonach in einigen Regionen

	bereits wenige Wochen nach Inkrafttreten der neuen „Beratungs- und Integrationsrichtlinie“ ein massiver Stellenabbau in der Asyl- und Migrationsberatung beschlossen worden ist und eine Überforderung der haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsbetreuung Tätigen droht, frage ich die Staatsregierung, ob und mit welcher Begründung das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration diesem massiven Stellenabbau zugestimmt hat und wie viele Stellen bayernweit zum aktuellen Zeitpunkt reduziert werden sollen?
Dr. Paul Wengert (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass Funkwasserzähler mehrmals pro Minute Daten senden, wie hoch ist die Strahlung dieser Funkwasserzähler und wie wird verhindert, dass die Daten von Unbefugten empfangen oder ausgelesen werden?
Herbert Woerlein (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie aus tierschutzpolitischer Sicht die Möglichkeit, dass Trophäen international geschützter Tierarten nach Bayern eingeführt werden können (einschließlich der rechtlichen Grundlagen), welche konkreten Bestrebungen gibt es vonseiten der Staatsregierung, die Einfuhr von Trophäen international geschützter wildlebender Tiere zu verbieten und wie wird gegebenenfalls begründet, dass die Einfuhrerlaubnis solcher Trophäen nicht verboten werden soll?
Isabell Zacharias (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, welche „schwierigen verfassungsrechtlichen und einfachrechtlichen Fragen“ wirft der Bundestagsbeschluss zur „Ehe für alle“ nach Auffassung der Staatsregierung auf, bis wann wird das von der Staatsregierung in Auftrag gegebene Expertengutachten dazu vorliegen und wieviel wird dieses Gutachten voraussichtlich kosten?